

Wir in Mitte.

Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

Ausgabe
März/April
2024



In dieser Ausgabe finden Sie u.a. folgende Themen:

- Bezirksamt beschließt Kürzungen im Sozial- und Schulbereich
- Interview mit Lucas Schaal, MdA (CDU)
- Sicherheit ernst nehmen – Strafverfolgung intensivieren
- Wiedereröffnung des Stadtbades Tiergarten
- Verkehrsstadträtin will den Lützowkiez grundlegend umbauen - ohne Maß und vor allem ohne Autos!
- Wie geht es weiter am Leo? - Veranstaltung mit Burkhard Dregger (CDU)

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Mitte,



Sven Rissmann, MdA

auch mit dieser Ausgabe des „Wir in Mitte“ möchten wir Sie über unsere Arbeit für Mitte und in Mitte informieren und zum Diskurs einladen. Uns

ist es wichtig, nicht nur kurz vor den Wahlen **Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger** in unseren Kiezen zu sein.

Wichtig ist uns, dass **unser Bezirk Mitte sicherer und sauberer wird** und der einseitigen grünen Verkehrspolitik eine differenzierte und vernünftige Betrachtung entgegengesetzt wird. In diesem Zusammenhang empfehle ich Ihnen sehr das Inter-

view mit meinem Abgeordneten-Kollegen **Lucas Schaal**, das Sie in dem Innenteil dieser Ausgabe finden.

Die **CDU-Fraktion** in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte, unser **Stadträte** und unsere **Mitglieder des Abgeordnetenhauses** von Berlin stehen für eine Politik, die sicherstellt, dass jeder sich in Mitte sicher und wohl fühlen kann. **Melden Sie sich gerne bei uns, wenn der „Schuh drückt“ und wir helfen können.**

Die CDU-Mitte und ich persönlich wünschen Ihnen einen **schönen Frühlingsbeginn**.

Herzliche Grüße
Ihr
Sven Rissmann, MdA
-Kreisvorsitzender
der CDU Mitte-

Impressum Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

V.i.S.d.P: Sebastian Pieper, stellv. Kreisvorsitzender
CDU Mitte, Triftstraße 41, 13353 Berlin
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
www.cdumitte.de

<https://www.facebook.com/cdumitte> • Instagram: cdu.berlin.mitte

Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der CDU Mitte gestattet.

Die abgedruckten Bilder unterliegen - soweit nicht anders angegeben - entweder einer CC-Lizenz

oder sind privat zur Verwendung freigegeben worden. Bilder Seiten 1 und 3: Adobe Stock

Autoren dieser Ausgabe: Sven Rissmann, Benjamin Fritz (BF), Sebastian Pieper (SP),

Olaf Lemke (OL), Daniela Fritz (DF)

Bezirksamt beschließt Kürzungen im Sozial- und Schulbereich

Zur **Konsolidierung des Haushalts** hat das Bezirksamt sogenannte „**pauschale Minderausgaben**“ (**PMA**) in Höhe von **rund 2,8 Mio Euro** beschlossen. Das **Sozialamt** muss von allen Ämtern des Bezirks den größten Beitrag leisten – etwas mehr als 488.000 Euro! Die Vorgabe der Bürgermeisterin und Finanzstadträtin, **Stefanie Remlinger (Bündnis 90/Die Grünen)** lautete, dass alleine 300.000 Euro bei den „sonstigen sozialen Projekten“ zu streichen seien.

Nur mit viel Kreativität und größter Anstrengung konnte erreicht werden, dass die bisherigen Träger und Angebote im Jahr 2024 weiter unterstützt werden und keine Einrichtungen schließen müssen. Dafür können allerdings **ergänzende Angebote der mobilen Seniorenarbeit nicht wie geplant in diesem Jahr eingeführt werden**. Auch muss auf die Besetzung neuer Stellen etwas länger gewartet werden, als ursprünglich erhofft. Ob die bei den ehrenamtlich Engagierten sehr beliebte und wertschätzende Veranstaltung zum „**Tag des Ehrenamtes**“ auch in diesem Jahr stattfinden kann, ist derzeit offen.

Das **Schul- und Sportamt** muss 434.000 € für die Erbringung der PMA beibringen, wodurch schon 300.000 € durch Einsparungen beim **bezirklichen Schwimmbus** für die Schülerinnen und Schüler einzukürzen sind.

„Die Kürzungen treffen den Sozialbereich am härtesten. Es ist nicht erkennbar, dass bei Jugend, Schule und Soziales ein Schwerpunkt in der bezirklichen Politik gesetzt wird, obwohl die Bedeutung dieses Bereiches immer und von allen betont wird“, so der **CDU-Fraktionsvorsitzende Sebastian Pieper**. Für

dieses Jahr ist mit einer Verbesserung der Situation und Rücknahme der Kürzungen daher nicht zu rechnen. Ob für 2025 mit einer Entlastung gerechnet werden kann, oder die Kürzungsvorgaben noch höher ausfallen werden, ist derzeit nicht absehbar.

Auch für die kommenden Haushaltsjahre **muss mit Einsparungen in den Fachämtern gerechnet werden**. Der Bezirk ist durch die hohen Mietausgaben von jährlich 6.000.000 € für die Anmietung des Saatwinkler Damms zur Auslagerung der **Anna-Lindh-Schule** stark belastet. Der Mietvertrag wurde 2022 durch die damalige **Schulstadträtin und jetzige Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (Bündnis90/ Die Grünen)**

abgeschlossen. Jedoch ohne eine Finanzierungszusage der damaligen Landesregierung bis zum Vertragsende 2028 zu haben. Durch die Entscheidung, dass die Schulgemeinschaft der Anna-Lindh-Schule in den **neuen Standort in der Reinickendorfer Str.** im Januar/ Februar 2025 ziehen wird, werden nun mit der zuständigen **Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie** Lösungen für eine neue Nutzung des Standortes gesucht. „Nur durch die vielen Gespräche, die das Schulamt in den letzten Wochen mit dem für Schulbauten zuständigen **Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (CDU)** geführt hat, ergibt sich nun die Möglichkeit, große Teile des Saatwinkler Damms abzumieten und so überhaupt eine realistische Chance zu erhalten, den Bezirkshaushalt wieder zu stabilisieren und künftig auf Streichungen in den sozialen und schulischen Bereichen verzichten zu können“ sagt **Schulstadtrat Benjamin Fritz (CDU)**. (SP)



„Schluss mit den grünen Verkehrs-Experimenten“

Interview mit dem Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses,
Lucas Schaal (CDU), zur aktuellen Landespolitik
nach einem Jahr CDU-geführter Landesregierung

Ein Jahr Regierungsverantwortung für den neuen schwarz-roten Senat. Wo steht Berlin im Frühjahr 2024?

Wir haben den Politikwechsel in der Stadt gut hinbekommen und bringen Berlin nun Stück für Stück voran. Es war von Anfang an klar, dass wirklich große Herausforderungen zu bewältigen sind, insbesondere bei der inneren Sicherheit, der Bildung und auch im Bereich der Verkehrspolitik. Für unsere Berliner Polizei gilt: sie können sich auf die Rückendeckung des Senats und der CDU-Fraktion verlassen. Der Vergleich der Chaos-Silvesternacht 2022/2023 zur diesjährigen Silvesternacht 2023/2024 zeigt doch schon, dass

wir hier richtig vorangekommen sind: Klares Einschreiten der Polizei, weniger Krawalle und verletzte Einsatzkräfte, dafür mehr Sicherheit und Ruhe für unsere Bürger.

Und wie steht es um die Verkehrspolitik?

Kaum ein Thema bewegt so viele Bürger, wie die Verkehrspolitik – gerade hier bei uns in Mitte. Das Chaos um die Friedrichstraße ist Vielen noch gut in Erinnerung und hier haben wir auf der Landesebene sofort reagiert und die Friedrichstraße wieder für den Autoverkehr geöffnet. Die Menschen wollen keine einseitigen Verkehrsexperimente gegen das Auto, sondern eine ausgewogene und vernünftige

Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen in den Blick nimmt und Verkehrsfluss und Sicherheit voranbringt.

Aber hier in Mitte gibt es doch weiterhin neue Verkehrsexperimente und Sperrungen, wie in der Singerstraße, der Niederwallstraße oder in der Triftstraße?

Leider ja, denn in diesen Nebenstraßen ist der Bezirk zuständig. Entgegen dem Willen der Anwohner experimentiert das Bezirksamt Mitte unter Führung der Grünen weiter im ganzen Bezirk in der Verkehrspolitik herum. Eilig werden Fahrradstraßen eingerichtet, über Nacht verschwinden Parkplätze und sogar ganze Straßen werden für den allgemeinen Verkehr gesperrt und entwidmet. Das alles passiert ohne echte Beteiligung der Anwohner und oft ohne verkehrliche Notwendigkeit. Die Grünen wollen die Menschen weiter bevormunden und umerziehen.

Und wie wirkt sich das für die Anwohner und Gewerbetreibenden aus?

Die grünen Träume vom Umbau des öffentlichen Raums haben oft ganz konkrete Nachteile für die direkten Anwohner. Die Erreichbarkeit der eigenen Wohnung oder das wohnungsnahen Parken werden erschwert, was viele ältere Menschen und Familien mit Kindern oft stark belastet. Aber auch der Gewerbeverkehr, Handwerker und Lieferanten kommen schwerer zum Ziel aufgrund der vielen Poller und Sperrungen. Viele Anwohner beklagen sich über die einseitige Politik zulasten des Autos und finden sich kaum mehr zurecht

im Schilderwald aus Halteverboten und Durchfahrtsperrungen.

Und was können die Anwohner dagegen tun?

Entwidmungen, Sperrungen, neue Markierungen und das Aufstellen von Verkehrsschildern sind Maßnahmen des grünen Bezirksamts, gegen die man sich natürlich wehren kann. Im Grunde genügt erst einmal ein schriftlicher Widerspruch an das Bezirksamt, in dem man die Maßnahme und die negativen Auswirkungen benennt. Dann muss sich das Bezirksamt mit dem Widerspruch auseinandersetzen, die Argumente der Bürger abwägen und die Verkehrsmaßnahme überprüfen. Wenn auch das nicht hilft, bleibt noch der Weg der Klage vor dem Verwaltungsgericht. Natürlich wird es dann etwas komplizierter und mich erreichen dazu viele Fragen von Anwohnern und Gewerbetreibenden aus dem ganzen Bezirk. Gerade weil die Anwohner häufig nicht informiert werden, helfe ich dabei gerne oder vermittele anwaltliche Unterstützung für so ein Verfahren. Schließlich geht es um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Bezirk.

Lucas Schaal ist seit 2023 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und kümmert sich dort um die Themen Haushalt und Finanzen, Mobilität und Verkehr und Wirtschaft. Er wurde im Wahlkreis Berlin-Mitte 2 direkt gewählt und sein Bürgerbüro befindet sich im Nikolaiviertel in der Rathausstraße 21, 10178 Berlin.



Sicherheit ernst nehmen – Strafverfolgung intensivieren



Sven Rissmann, MdB

Die Verhältnisse am Leopoldplatz und rund um den Drogenkonsumraum „Mühlenstube“ in der Müllerstraße beschäftigen die Bürgerinnen und Bürger in Mitte weiterhin – und zwar zu recht. Zwar driften die Meinungen zu möglichen Lösungsansätzen auseinander,

im Grundsatz sind sich aber alle einig: sei es Beschaffungskriminalität, Vermüllung oder offener Drogenkonsum - es kann so nicht weitergehen!

Während Rot-Rot-Grün bei der Bekämpfung von Verelendung und Kriminalität seit Jahren erfolglos nur auf Prävention zu setzen schien, steht die CDU Mitte für ein ganzheitliches Vorgehen. Es kann nicht richtig sein, unter dem Deckmantel von Präventionsangeboten dafür zu sorgen, den Drogenabhängigen schlicht noch mehr Konsummöglichkeiten zu bieten und die übrigen Probleme zu ignorieren. Wir müssen endlich Wege finden, sie aus der Abhängigkeit herauszuholen und neue Abhängigkeiten zu verhindern.

Dabei ist es nur konsequent, als Kehrseite von Hilfs- und Präventionsangeboten auch auf die kompromisslose Ahndung von Straftaten zu setzen. Der Staat darf vor dem Ausmaß der Situation nicht einfach kapitulieren. Alle Ebenen müssen konstruktiv zusammenarbeiten, um der Zustan-

de endlich Herr zu werden. Dazu zählen nicht nur Bezirk und Senat, sondern z.B. auch die BVG.

Genau deshalb war der direkt gewählte Abgeordnete Sven Rissmann, MdB (CDU) vor Ort beim zuständigen Abschnitt 17 der Polizeidirektion 1 und hat sich selbst ein Bild von den aktuellen Herausforderungen gemacht.

Unseren Polizistinnen und Polizisten gebühren unsere Dankbarkeit und unser Respekt für ihren täglichen Einsatz. Es darf aber nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleiben, wir müssen auch für eine angemessene Ausstattung und das nötige Personal sorgen. Dass es selbst an einem solch kriminalitätsbelasteten Ort mehr als 13 unbesetzte Stellen im zuständigen Polizeiabschnitt gibt (siehe Antworten der Senatsverwaltung für Inneres auf die schriftliche Anfrage des MdB Rissmann, Drucksache 19 / 18 164), können wir einfach nicht hinnehmen. Die CDU wird sich daher weiter dafür einsetzen, unserer Polizei ideell und materiell den Rücken zu stärken und sie in Lösungskonzepte rund um den Leo mit einzubinden. (DF)

CDU

Ab jetzt auch bei Instagram!

FOLLOW

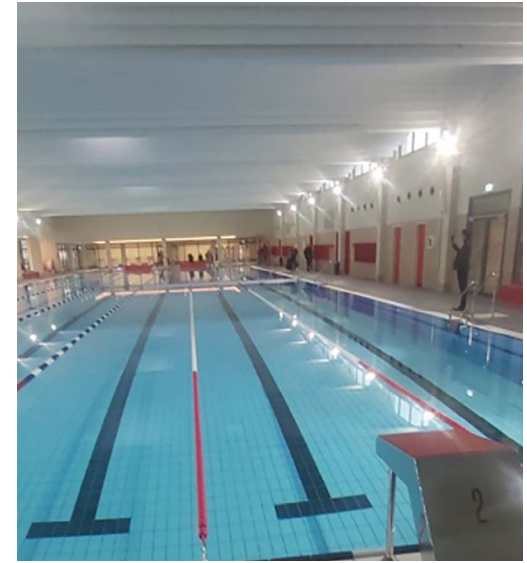
sven.rissmann.mdb

Sven Rissmann

Ihr Abgeordneter für den Wedding

Wiedereröffnung des Stadtbads Tiergarten

Am 22. Januar 2024 wurde das Stadtbad Tiergarten nach einer vierjährigen Bauzeit feierlich wiedereröffnet. Das Bad befindet sich in der Seydlitzstraße 7, unweit des Hauptbahnhofs, und wurde von Grund auf saniert und technisch modernisiert. Das Gebäude ist nun rundum neu gedämmt und die Anlagentechnik ist auf dem neuesten Stand. Die drei Becken haben jetzt jeweils eigene Wasserkreisläufe und können u. a. mit unterschiedlichen Wassertemperaturen betrieben werden. Das Sprungbecken erhielt als zusätzliche Attraktion eine Kletterwand, welche die einzige in einem Berliner Hallenbad bisher ist. Das Stadtbad Tiergarten ist nicht nur ein wichtiger Standort für das obligatorische Schulschwimmen, sondern auch für das Training der Vereine in Mitte. (BF)



Unterzeichnung des Miet- und Erbbaurechtsvertrags für das neue Gymnasium in der Schulstraße

Ein neuen Meilenstein bei der Errichtung des Gymnasiums in der Weddinger Schulstraße wurde am 12. Januar 2024 erreicht: Das Bezirksamt Mitte und die landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft Ho-wage haben den Erbbaurechtsvertrag zum Neubau der Schule unterzeichnet. Die neue Schule soll voraussichtlich bereits zum Schuljahr 2026/2027 ans Netz gehen. Das vierzügige Gymnasium mit Platz für 664 Schüler wird als sogenannte Compartmentschule errichtet – geprägt von einer offenen

Raumstruktur, die vielfältige Nutzungsoptionen bietet. Neben dem Schulgebäude soll zudem eine Doppelsporthalle mit insgesamt sechs Hallenteilen entstehen. Hierzu sagt Schulstadtrat Benjamin Fritz (CDU): „Durch die Errichtung des Gymnasiums wird der große Bedarf an Schulplätzen im Ober-schulbereich entgegenge-wirkt. Ich freue mich, dass hier gemeinsam mit der Ho-wage ein für den Bezirk sehr wichtiges Schulbauvorhaben nun an Fahrt aufnimmt“. (BF)



Wie geht es weiter am Leo? - Veranstaltung mit Burkhard Dregger (CDU)

Diese Frage stand im Mittelpunkt einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung der CDU Wedding und der Kandidatin für den Wahlkreis 7 zum Abgeordnetenhaus von Berlin, Daniela Fritz. Als Gesprächspartner für die zahlreichen Gäste, insbesondere Anwohner rund um den Leopoldplatz, stand Burkhard Dregger, MdA, der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Berlin zur Verfügung. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei neben der nüchternen Betrachtung der aktuellen Situation vor allem der **Ausblick auf mögliche Lösungsan-**

sätze für die zahlreichen Probleme auf dem Leopoldplatz sowie seinem Umfeld.

Für die Anwohner und Gewerbetreibenden war insbesondere eines wichtig, die **Aussage, dass Prävention und Repression Hand in Hand wirken müssen.** Verschiedene Maßnahmen wurden dabei als besonders sinnvoll erachtet, die Einbeziehung der Akteure vor Ort in die Planung von Maßnahmen, ein **durchdachtes Beleuchtungskonzept**, mehr und sichtbare **Polizeipräsenz**, ein Konzept für mehr **Sauberkeit** sowie eine kulturelle Belebung des Platzes. (OL)



Burkhard Dregger und Daniela Fritz (beide CDU)

Verkehrsstadträtin will den Lützowkiez grundlegend umbauen - ohne Maß und vor allem ohne Autos!

Die Verkehrsstadträtin von Mitte, **Dr. Neumann (Bündnis90/Die Grünen)**, will nach eigener Aussage **„Berlin-Mitte zur Schwammstadt machen“**. Dazu sollen Baumscheiben in der Pohl- und Kluckstraße vergrößert werden. **Dabei werden erneut 14 Parkplätze ersatzlos wegfallen.** Außerdem strebt sie an, insgesamt **fünf Straßen im Lützowkiez zu Fahrradstraßen umzuwidmen.** Dies wird spürbare Auswirkungen auf den Verkehr, nicht nur im unmittelbaren Umfeld selbst haben. Eine Bürgerbeteiligung hat dazu erst begonnen, **die Pläne scheinen aber schon weit fortgeschritten zu sein.** Inwieweit noch Veränderungen an den Planungen möglich sind ist mehr als fraglich. **Sebastian Pieper**, der Vorsitzende der

CDU-Fraktion Mitte hat dazu jüngst erklärt: **„Es zeigt sich einmal mehr, dass Frau Dr. Neumann eine einseitige Politik betreibt und nicht die Interessen aller Bewohnerinnen und Bewohner mit in ihre Entscheidungen einbezieht. Erneut wird das Ergebnis schon vorgegeben und dann als Bürgerbeteiligung verkauft. Dabei herrscht in Tiergarten-Süd ohnehin schon Parkplatzmangel. Durch die Sperrung weiterer Straßen für den Autoverkehr wird sich die Verkehrssituation im Umfeld weiter verschlechtern. Statt die Menschen bei ihrer Interpretation einer Verkehrswende mitzunehmen, gängelt man sie durch einseitige Entscheidungen. Das ist eben keine Verkehrswende mit und für die Menschen, sondern knallharte Durchsetzung grüner Ideologie.“** (OL)

